

Jakob Augstein Im Zweifel links

Netanyahus Eskalation



Es geschieht nicht oft, dass eine deutsche Bundesregierung sich zur israelischen Innenpolitik äußert. Noch seltener übt eine deutsche

Bundesregierung offene Kritik an einem israelischen Gesetz. Etwas ist also vorgefallen. In dieser Woche hat sich Israel ein Stück vom demokratischen Westen entfernt. Die stolze Demokratie im Nahen Osten wurde den autokratischen Regimen in Russland, Ägypten und der Türkei ein Stück ähnlicher.

Das kritisierte Gesetz sieht vor, dass Nichtregierungsorganisationen, die mehr als die Hälfte ihres Geldes aus staatlichen Quellen im Ausland erhalten, ihre Quellen offenlegen müssen – und zwar andauernd. In jeder Publikation, einschließlich in Briefen an Knesset-Abgeordnete. Eine solche Regelung gibt es in keinem westlichen Land. Nur Länder, mit denen man Israel nicht vergleichen mag, gehen ähnlich vor.

Das Auswärtige Amt antwortete auf eine Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck: „Die Bundesregierung ist besorgt, dass das Gesetz einseitig auf Unterstützung durch staatliche Geber ausgerichtet ist. Für private Geber, die in Israel von großer Bedeutung sind, besteht keine Offenlegungspflicht.“

Hier geht es nicht um eine technische Kleinigkeit. Es geht darum, wie man mit demokratischen Mitteln die Demokratie schwächen kann. Die Arbeit jener Organisationen, die Premier Benjamin Netanyahu

kritisch gegenüberstehen, wird fortan erschwert. Die Arbeit jener Organisationen, die seine Regierung bereitwillig stützen, bleibt hingegen unberührt. Das Gesetz ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Eskalation der innenpolitischen Spannungen in Israel.

Der Likud-Politiker Moshe Ya'alon, der vor Kurzem sein Amt als Verteidigungsminister aufgab, hat von den „extremistischen und gefährlichen Kräften“ gesprochen, die Israel und die Likud-Bewegung übernommen hätten. Wie um ihn zu bestätigen, stellte sich sein Nachfolger, Avigdor Lieberman, gleich danach hinter einen Soldaten der israelischen Armee, der einen verletzt am Boden liegenden palästinensischen Attentäter, von dem keine Gefahr mehr ausging, mit einem Kopfschuss tötete.

Es ist die Auseinandersetzung um die dauerhafte Besetzung des Westjordanlandes und die Folgen der Besatzungspolitik für die israelische Gesellschaft, die an Israel zerren. Längst spaltet ein Klima der Unversöhnlichkeit das Land. Egal ob NGOs, das Erziehungssystem, die arabische Minderheit, selbst die Armee – für die Regierung Netanyahu wird jeder zum Feind, der an ihrer Besatzungspolitik zweifelt. Nicht weniger als die Zukunft der israelischen Demokratie steht in diesem Streit auf dem Spiel.

Deutschland trägt im Verhältnis zu Israel eine besondere Verantwortung. Darum ist es richtig, dass die Bundesregierung sich zu Wort meldet.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.



Null Buße

So gesehen Die Eurozone erfindet immer kreativere Rechenarten.

„Dreimal null ist null ist null“, hieß es bislang nur im Kölner Karneval. Jetzt hat endlich auch die Eurozone diese Weisheit übernommen. Nach der „Nullinflation“ und dem „Nullzins“ haben die Strategen der Europäischen Währungsunion in dieser Woche einen weiteren kreativen Begriff geprägt: die „Nullbuße“.

Weil Portugal und Spanien zum wiederholten Mal mehr Schulden gemacht haben als erlaubt, haben Europas Finanzminister Sanktionen gegen beide Länder eingeleitet. Damit diese aber „nicht als Strafe verstanden werden“, werden sie sich voraussichtlich auf „null Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ belaufen, heißt es. Man könnte auch sagen: auf nix.

Es gehe darum, „Glaubwürdigkeit und Intelligenz zu verbinden“, sagte Währungskommissar Pierre Moscovici. Interessant daran ist, dass der Herr Kommissar es offenbar für eine Herausforderung hält, zugleich glaubwürdig und intelligent zu sein.

Manche Eurokritiker hielten es von Beginn an für eine Schnapsidee, eine Währungsunion ohne die dazugehörige politische Union zu gründen. Für andere bestand die Schnapsidee darin, Nationen, die hoch verschuldet sind, auch noch Geldbußen abzuverlangen. Der größte Denkfehler aber lag wohl in der Annahme, die erste Schnapsidee durch die zweite heilen zu können. Nun gibt es also Strafen, die niemanden bestrafen sollen. Wenn es so weitergeht, wird man es in der Eurozone bald mit einer vierten Null zu tun haben: null Bock.

Michael Sauga

Kittihawk

